

STÄDTE FÜR MENSCHEN

Erwartungen und Forderungen
des Städtetages Nordrhein-Westfalen
an den neuen Bundestag und
die neue Bundesregierung

Foto: © katatonia - stock.adobe.com

Erwartungen und Forderungen des Städtetages Nordrhein-Westfalen an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung

Beschlossen vom Vorstand des Städtetages NRW am 8. September 2021



Präambel – Städte für Menschen

Städte sind Orte für Menschen. Sie gestalten das Leben vor Ort. Kaum ein anderes Land hat einen so urbanen Charakter wie Nordrhein-Westfalen. Die Politik muss sich hieran ausrichten.

Dabei richtet sich der Blick auch auf den Bund. Mit der neuen Legislaturperiode müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden, damit die Städte in unserem Land lebenswert, krisenfest, innovativ und modern bleiben können. Die Städte in NRW stehen angesichts der fortdauernden Corona-Pandemie, den Herausforderungen beim Klimaschutz und den Folgen der Flutkatastrophe vor enormen Herausforderungen.

Vor diesem Hintergrund formulieren die Städte in Nordrhein-Westfalen ihre Erwartungen und Forderungen an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung.

Unterstützung der Innenstädte verstetigen



Foto: © Stadt Krefeld

Das im Jahr 2021 gestartete Bundesprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ in Höhe von 250 Millionen Euro ist ein guter erster Schritt. Städte benötigen aber Planungssicherheit. Daher gilt es, die Förderung zu verstetigen und weiter auszubauen. In den nächsten fünf Jahren müssen hierfür Fördermittel in Höhe von 500 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt werden. Der Beirat Innenstadt beim Bundesministerium des Innern, für Bau und

Heimat (BMI) sollte institutionalisiert und die Städte durch ein bundesweites Service- und Kompetenzzentrum bei der Transformation unterstützt werden.

Mobilität nachhaltig gestalten

Die Städte in NRW brauchen verlässliche Rahmenbedingungen, die die kommunalen Anstrengungen zum Ausbau von zukunftsgerichteter, klimaneutraler Mobilität unterstützen. Sie müssen künftig verkehrslenkende Maßnahmen nach örtlichen Bedarfen treffen und eigene Mobilitätsprojekte umsetzen können. Ein stabil finanzierter öffentlicher Nahverkehr muss Teil der Mobilitätsstruktur vor Ort sein. Der Bund muss sich noch stärker an den Investitions- und Betriebskosten beteiligen.

Foto: © Landeshauptstadt Düsseldorf, Umweltamt



Foto: © Kämer Verkehrs-Betriebe AG

Klimaschutz und Klimaanpassung verstärken



Foto: © Zinco GmbH

Der Klimawandel mit Starkregenereignissen und Dürreperioden stellt unsere Lebensgrundlagen in Frage. Die Städte wollen daher schnell die Klimaneutralität erreichen und ihr Engagement in der Klimaanpassung verstärken. Dafür sollte das Bundes-Klimaschutzgesetz weiterentwickelt und die Klimaanpassung darin verankert werden. Wind- und Solarenergie müssen noch viel stärker und schneller ausgebaut werden als bislang, um die Energiewende und die

gesetzten Klimaziele zu erreichen. Darüber hinaus sollte das Gebäudeenergiegesetz an die verschärften Klimaziele angepasst werden. Zudem brauchen die Städte ein tragfähiges und rechtlich abgesichertes Finanzierungsprogramm für den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung.

Konsequenter für bezahlbares Wohnen sorgen

Der Bestand an öffentlich geförderten und auch bezahlbaren freifinanzierten Wohnungen sinkt weiterhin. Der Bund muss seinen Anteil zur öffentlichen Wohnraumförderung deutlich erhöhen. Gleichzeitig benötigen die Städte leichteren Zugriff auf Baugrund. Nur so lassen sich weiter steigende Preise beim Bauland und bei den Mieten verhindern. Über kommunale Bodenfonds steuern die Städte dann je nach Bedarf vor Ort, was und wann gebaut wird. In solchen Fonds werden Grundstücke vorgehalten, über die die Kommunen verfügen können.



Foto: © Landeshauptstadt Düsseldorf / Michael Gesterbauer

Schulen sanieren und innovative Schulbaukonzepte fördern



Foto: © Christian Schwier - stockadobe.com

Gut ausgestattete, digital vernetzte Schulen, in denen gerne gelernt und gelehrt wird, sind grundlegende Voraussetzungen für erfolgreiche Bildungsarbeit. Die Bewältigung des Sanierungsstaus in Milliardenhöhe an den Schulen ist in absehbarer Zeit ohne ein zusätzliches Engagement des Bundes nicht zu schaffen. Der Bund ist daher gefordert, ein mehrjähriges Sanierungs- und Zukunftsprogramm aufzulegen. Damit sollten auch innovative und zukunfts-

gerichtete Ansätze im Schulbau wie neue Raumkonzepte, klimaschonendes Bauen und digitale Vernetzung bundesseitig unterstützt werden.

Digitalisierung nutzen

Wir müssen die Digitalisierung nutzen, um unsere Städte zukunftsfähig und innovativ aufzustellen. Dafür brauchen die Städte leistungsfähige Glasfaser und 5G-Infrastrukturen. Nachhaltige Investitionen in Dateninfrastrukturen bedürfen umfassender Förderung. Der Bund muss weiter eine zentrale Rolle einnehmen und Kontinuität gewährleisten. Mit einer finanziellen Förderung von kommunalem Personal könnten Kompetenzen aufgebaut und die

Arbeit zwischen Unternehmen, angewandter Forschung und Kommunen besser verzahnt werden. Zugleich müssen Daten umfassender genutzt, Wissenstransfer und Kooperationen gestärkt werden. Hierfür braucht es gemeinsame Plattformen mit offenen Standards. Eine Anschlussfähigkeit an die Architektur von GAIA X muss dabei gewährleistet sein.



Foto: © Stadt Bochum

Belastung mit Sozialausgaben verringern



Foto: @Animafiora Piesstock - stock.adobe.com

Städte wollen und müssen sich in besonderem Maße um sozial benachteiligte Menschen kümmern. Zugleich führen hohe Soziallasten in die strukturelle Unterfinanzierung vieler städtischer Haushalte. Ohne eine weitere finanzielle Beteiligung des Bundes werden die Möglichkeiten insbesondere von finanzschwachen Kommunen, den Bedürfnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger vor Ort gerecht zu werden, immer weiter abnehmen. Daher muss die Entlastung

bei den Kosten der Unterkunft so weiterentwickelt werden, dass auch in NRW eine echte Bundesbeteiligung von mindestens 75 Prozent erreicht wird. Weiterhin muss der Bund die Leistungen der Sozialhilfe für nicht Erwerbsfähige im SGB XII sowie die weiteren Kostensteigerungen im Bereich der Eingliederungshilfe vollständig übernehmen. Er muss sich an den Hilfen zur Erziehung im SGB VIII beteiligen und die Leistungen der Pflegeversicherung verbessern, um die Kostentwicklung im Bereich der Hilfe zur Pflege zu deckeln.

Städte bei der Integrationsarbeit unterstützen

Die Integration von Schutzsuchenden bleibt eine zentrale kommunale Herausforderung der kommenden Jahre. Integration muss früh beginnen – in Kitas, in Schulen, in Integrationskursen und auf dem Arbeitsmarkt. Der Bund muss sich dauerhaft und angemessen an den Kosten dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe beteiligen. Dabei muss der Zuzug von geflüchteten Menschen und Menschen aus Südosteuropa gleichermaßen als integrative Leistung der Städte anerkannt werden. Zu viele der Zuwanderer aus Südosteuropa leben unter nicht hinnehmbaren sozialen Rahmenbedingungen. Der Zugang zu einer gesicherten medizinischen Versorgung muss sichergestellt, Ausbeutung, Abhängigkeitsstrukturen und Schwarzarbeit müssen gemeinsam bekämpft werden.



Foto: @Bruno Wansing / Stadt Bocholt

Die Kultur vor Ort mit einer stabilen Infrastruktur stärken



Fotos: © Birgit Hupfeld / © Anna Lukenda, Schauspiel Köln

Die Kommunen sind mit fast der Hälfte aller Kulturausgaben die größten Förderer der Kultur in Deutschland. In Nordrhein-Westfalen liegt der Anteil mit 75 Prozent bundesweit am höchsten. Es braucht eine nachhaltige Kulturförderung des Bundes. Diese muss den Erhalt, den Ausbau und eine vielfältige Infrastruktur im Land unterstützen. Auch die kulturelle Bildung ist dabei einzubeziehen. Schwerpunkte sollten

die Digitalisierung und innovative Konzepte zur Weiterentwicklung kultureller Angebote sein.

Den Katastrophenschutz weiterentwickeln

Der Bevölkerungsschutz steht vor zunehmenden Herausforderungen durch Naturkatastrophen, Cyberattacken mit Stromausfällen bis hin zu Pandemien. Daher muss das Bund-Länder-Kompetenzzentrum zur besseren Koordinierung eines integrierten und kooperativen Krisenmanagements rasch unter Beteiligung der Kommunen aufgebaut werden. Zudem müssen Alarmierung und Warnung der Bevölkerung nicht nur über Cell Broadcast, sondern auch über eine Ausweitung des Sirenenförderprogramm und einen resilienten Digital-Funk verbessert werden. Die Krisenkommunikation „Fit für den Notfall“ muss seitens des Bundes verstärkt werden.



Foto: © Christian Schwier - stock.adobe.com

Eine moderne Verwaltung schaffen



Foto: © onephoto - stock.adobe.com

Eine medienbruchfreie, effiziente Verwaltung ist Voraussetzung der zukunftsfesten Stadt. Prozesse müssen durchgängig digitalisiert werden. Die Mittel für die digitale Verwaltung aus dem Konjunkturpaket des Bundes müssen bei den Kommunen ankommen. Einheitliche Bundes- und Landesangelegenheiten mit geringem kommunalem Bezug müssen nicht von jeder Stadt einzeln digitalisiert werden. Dafür braucht es zentrale technische Prozesse und IT

von Bund und Ländern. Eine Aufgabenkritik der Weisungsaufgaben ist notwendig.

Die Rolle der Städte in Europa und der Welt anerkennen

Die Städte setzen sich für die europäischen Werte von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein. Sie entwickeln Lösungsansätze für globale Herausforderungen und prägen die Zukunft Europas. Der Bund wird aufgefordert, sich für eine konsequente Einbeziehung der Städte in den europäischen Gesetzgebungsprozess einzusetzen und insbesondere die Umsetzung des Green Deal flexibel und handhabbar zu machen. Städte- und Projektpartnerschaften brauchen Unterstützung, etwa aktuell durch einen deutsch-britischen Bürgerfonds. Auch in der internationalen Zusammenarbeit sind die Städte Impulsgeber und Brückenbauer. Die bedeutende Rolle der Städte für die Stärkung von Demokratie, Menschenrechten und globaler Nachhaltigkeit muss anerkannt werden. Internationale Städtediplomatie muss in die außenpolitische Arbeit des Bundes einbezogen werden.



Foto: © EP / European Union 2020

Kommunale Einnahmen und Investitionen sichern



Foto: @ Avij / Wikimedia Commons

All diese Gestaltungsaufgaben kosten Geld. Städte brauchen finanzielle Stabilität und Planbarkeit, um langfristig und dauerhaft besser investieren zu können. Der Bund muss gemeinsam mit dem Land die Gewerbesteuerausfälle auch in den Jahren 2021 und 2022 kompensieren. Städte und Gemeinden brauchen einen größeren Anteil am Steueraufkommen, um das Leben für die Menschen vor Ort zu gestalten. Die auch im Ländervergleich unterschiedlichen

Ausgaben im Sozial- und Bildungsbereich müssen ausgeglichen werden. Nicht zuletzt muss in der neuen Legislatur gemeinsam mit dem Land eine tragfähige Lösung der Altschuldenfrage gefunden werden.